

Die bürgerlichen Ideale und der Staat

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Parolen der französischen Revolution. Was bedeuten sie im heutigen Europa?

Es kommt darauf an, von welchem Gesichtspunkt aus man die Sache betrachtet. Wenn wir die neoliberale Seite ansehen, dann ist von der Jakobinischen Revolution wenig übriggeblieben. Aber in Europa und Nordamerika wird immer noch an dem Gedanken festgehalten. Freiheit besteht immer noch in der Freiheit des Kapitals. Gleichheit soll in der allseits zitierten Chancengleichheit bestehen. Aber diese Chancengleichheit hat die Ungleichheit des Erfolgs zur Voraussetzung. Man muß nur an die Parole der deutschen Wehrmacht denken: Ein jeder Soldat trägt den Marschallstab im Tornister. Mit einem kleinen Unterschied: es gab sechs Millionen Soldaten und nur ein Dutzend Marschälle. Insofern bedeutet Chancengleichheit, die Gleichheit der Mächtigen, sich durchzusetzen, und Freiheit ist natürlich die Freiheit, sich auf dem Markt so durchzusetzen, wie man eben kann. Was bedeutet aber Freiheit und Gleichheit, Parolen, die ich nach wie vor für sehr wichtig halte, für die Entwicklungsländer? Für sie bedeutet Freiheit nicht etwa Freiheit der Meinung, der Religion oder der Presse, sondern Freiheit von Hunger und Not. Und Gleichheit bedeutet für sie, den gleichen Zugang zu Wohlstand zu haben wie die Industrienationen. Wobei auch in den Industrienationen der gleiche Zugang zum Wohlstand für alle nicht mehr gegeben ist, denn es hat sich auch in den sogenannten Industrienationen gezeigt, daß die Gesellschaft eine zerrissene Gesellschaft ist. Wir sollten uns also überlegen, was Freiheit, Gleichheit und Solidarität – anstatt von Brüderlichkeit spricht man heute besser von Solidarität – in einer zerrissenen Gesellschaft bedeuten.

Was bedeuten diese Begriffe in der heutigen gesellschaftlichen Situation?

Heute ist der Begriff der Freiheit gebunden an die Vorstellung von der Freiheit der Unternehmer, der Freiheit des Kapitals und der Freiheit des Marktes. Diese eigentümliche Form der Freiheit bezeichnet den Markt als demokratisches Unterfangen. Jeder kann die Waren wählen, die er will. Von diesem spätbürgerlichen, eingeschränkten Begriff von Freiheit, und Gleichheit, unterscheidet sich die Marxsche Vorstellung. Das ist die Utopie, die im *Kommunistischen Manifest* steht, das ist die Assoziation der Freien und Gleichen. Wobei der sogenannte reale Sozialismus einen Satz im *Kommunistischen Manifest* vergessen hat: „Die Freiheit jedes Einzelnen ist die Voraussetzung für die Freiheit aller“.

Es gibt aber einen wesentlichen Unterschied zwischen dem jakobinischen Gleichheitsbegriff, der wirklich eine Gleichmacherei im Sinne einer Nivellierung auf das Niveau des Kleinbürgertums bedeutete, und dem Marxschen Gleichheitsbegriff. Denn die Jakobiner waren Ideologen und Vertreter des Kleinbürgertums. Die These von Rousseau, daß das Eigentum kontrolliert werden müsse, also keine Kapitalakkumulation stattzufinden hätte, wurde auch von den Jakobinern aufgenommen. Sie bezogen es jedoch nicht auf das Kleineigentum. Das Kleineigentum sollte die Gleichheit und Freiheit eines jeden garantieren. In der Marxschen Auffassung bedeutet die Gleichheit aber das Recht eines jeden Einzelnen, seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und nicht die Gleichheit der Bedürfnisse selbst.

Wenn wir heute also von Freiheit und Gleichheit reden, meinen wir im Grunde eine Utopie. Denn auch in Europa garantiert die Realität Freiheit und Gleichheit nur im eingeschränkten Sinn, wie beispielsweise das Grundgesetz es ausführt. Darin gilt das gleiche Recht aller, Zugang zu Ämtern zu haben. Wir wissen aber, daß das eine Fiktion ist, wie

überhaupt vieles, was Verfassungsleben, Verfassungsnorm ist, eine Fiktion ist. Wie Hans Kelsen – immerhin ein Vertreter des Parlamentarismus – sagte: „eine notwendige Fiktion“. In dieser notwendigen Fiktion scheint mir, daß die Begriffe Freiheit und Gleichheit eine Parole geworden sind. Wir sind alle gleich, wir sind alle frei, was wollen wir also mehr? Wir haben sozusagen das Ideal verwirklicht, also leben wir wie Leibnitz in seiner Theorie. Wir leben eigentlich in dem besten Staat der deutschen Geschichte, gar in dem besten Staat der Welt. Die Bundesrepublik Deutschland ist auch in punkto Freiheit und Gleichheit gewissermaßen das Symbol der endlich verwirklichten wahren Demokratie. In Wirklichkeit aber gibt es eine ungeheure Kluft zwischen dieser existierenden formalen Freiheit und Gleichheit und einer materiell begründeten im Sinne des *Kommunistischen Manifestes*.

Ich möchte noch einmal zurückgehen zur Entstehung dieser Begriffe, zur französischen Revolution. Sie sagen, die Jakobinische Revolution war eine kleinbürgerliche Revolution. Trotzdem aber war sie Träger einer Utopie, die bis heute nachwirkt!

Das ist richtig. Der eigentliche soziale Inhalt des Wortes Freiheit, bei Rousseau und auch bei den Jakobinern, meinte etwas anderes. Gemeint war nicht die Freiheit der Meinung usw., sondern gemeint war die Unabhängigkeit. Vor allem bei Rousseau spielt der Begriff der Unabhängigkeit eine viel wichtigere Rolle als der Begriff der Freiheit. Die Unabhängigkeit war das Fundament der bürgerlichen Freiheit, womit die Unabhängigkeit von den alten Feudalherren und vom absoluten König gemeint war. Wer aber ist heute unabhängig? Ich rede immer von den abhängigen Massen, denn die Masse der Bevölkerung lebt in einem abhängigen Zustand. Dieser Zustand mag ein Wohlstand sein, das ist schon denkbar, aber Unabhängigkeit liegt nicht

vor. Deshalb ist die Freiheit eine formale Freiheit. Nicht etwa, daß ich gegen die formale Freiheit wäre, das wäre ja lächerlich, wenn ausgerechnet ich etwa gegen die Freiheit der Meinungsäußerung wäre. Aber man muß erkennen, daß das inhaltlich nicht dem ursprünglichen Begriff der Freiheit entspricht, und vor allem nicht dem, was gesellschaftlich möglich wäre. Im Grundgesetz ist die Rede von der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Aber tatsächlich ist diese freie Entfaltung doch völlig eingeengt, völlig eingeschränkt durch alle möglichen Normen, Prinzipien und Rücksichten. Die Frage ist, ob der eigentliche Sinn des Wortes Freiheit vielleicht gar nicht wirklich bei den Jakobinern zu finden ist, sondern bei den Anarchisten. Die jakobinische war die erste große kleinbürgerliche Revolution und sie ist bekanntlich gescheitert. Eben weil die Jakobiner, sich auf Rousseau beziehend, am Prinzip der gesellschaftlichen Gleichheit durch die Reduzierung des Bürgers auf den Eigentümer, und zwar auf den Kleineigentümer, festhielten. Rousseau deswegen jedoch als Ideologen des Kapitalismus zu bezeichnen, wäre völlig falsch. Denn Rousseau war ein Gegner der Kapitalakkumulation. Es waren die Jakobiner, die sich immer am Kleinbürgertum, an den Kleineigentümern orientierten. Sie haben nicht gesehen, daß die Kleineigentümer die diffuse gesellschaftliche Basis für die Schaffung von Großeigentum sind.

Wenn wir die von Ihnen beschriebene Entwicklung des Kleinbürgertums als Voraussetzung moderner Kapitalakkumulation im Kapitalismus annehmen – wieso wird in der Gesellschaft, in europäischen Gesellschaften, dennoch an dem Begriff der Freiheit festgehalten?

Daß man an dem Begriff der Freiheit festhält, ist zwar richtig. Der Begriff ist jedoch völlig inhaltsleer geworden, man hält nur noch an der Fiktion fest. Es kann sich doch kein Staat der Welt selbst als undemokratisch bezeichnen. Man

denke daran, daß sich gerade die realsozialistischen Länder Volksdemokratien nannten. Auch in der Gegenwart gäbe es niemand, der sagen würde, daß man die Freiheit abschaffen, beseitigen solle. Er würde noch nicht einmal verstanden werden. Selbst der österreichische Halbnaazi Haider spricht von Freiheit. Es ist eine kulturelle Position in Europa und Nordamerika, ohne die man Gesellschaftspolitik gar nicht mehr betreiben könnte. Jeder, ganz gleich welche Ziele er verfolgt, wird immer von Freiheit reden. Auch in den Medien ist sehr viel von Freiheit die Rede. Denn man weiß ganz genau, daß die Forderung nach Freiheit als Parole benutzt werden kann.

Redet man über die Gleichheit, ist es schon etwas schwieriger. Diesbezüglich ist man vorsichtig. Denn das Prinzip der Gleichheit kann eine ganz andere Sprengwirkung haben. Nicht dann, wenn das Prinzip eine Parole bleibt, genauso wie Aufrufe zur Menschenfreundlichkeit und zum Frieden in der Welt. Aber diese Parolen haben eine unbestimmte Eigendynamik. Wir in Europa leben in äußerst verkrusteten Gesellschaften. Wahrscheinlich besteht eine der vielen Schwierigkeiten auf dem Weg zur Einheit Europas darin, daß die verschiedenen Nationalgesellschaften von Begriffen wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität ganz verschiedene Auffassungen haben.

Betrachten wir als Beispiel Deutschland und Italien. In Deutschland ist der Begriff der Freiheit unmittelbar verbunden, ja eingegliedert in den Begriff der Rechtsstaatlichkeit. Für die italienische Bevölkerung ist Freiheit jedoch etwas, was immer zu tun hat – ich will nicht sagen mit einem Angriff auf den, aber mit einer Distanzierung vom Staat. Das heißt also, in Deutschland ist Freiheit mit Staatlichkeit gekoppelt, in Italien nicht. Frankreich dagegen ist wahrscheinlich gespalten. Einige Franzosen denken, wenn sie von Freiheit reden, nicht an den Staat, sondern an etwas, was außerhalb des Staates ist. Es steht nicht gegen den Staat, aber

wird außerhalb des Staates gedacht. Mit der Formel „außerhalb des Staates“ meine ich nicht die Privatisierung, sondern daß die gesellschaftliche Wirklichkeit eine andere sein kann als die staatlich organisierte. Hier kann es sein, daß die Parolen in der Lage sind, Verkrustungen zu sprengen. Hinter dem, was man mit den Parolen meint, verbergen sich jeweils konkrete gesellschaftliche Erfahrungen, und die Gesellschaften entwickeln sich weiter. In Italien beispielsweise ist der Staat ineffizient und die öffentliche Verwaltung funktioniert nicht. In einer solchen Situation ist die Koppelung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit natürlich völlig außerhalb alles Denkbaren, auch wenn die Leute vom Rechtsstaat reden. In Italien wird immer dann vom Rechtsstaat gesprochen, wenn ein Richter gegen einen ermittelt: Man meint damit, daß die Richter „befangen“ seien. Berlusconi interpretiert den italienischen Rechtsstaat so.

Der Begriff der Gleichheit hat in bezug auf ein vereinigtes Europa schon eine solche Umdeutung erfahren. Kann man polemisch sagen, daß Gleichheit heute nur noch bedeutet, daß alle Menschen die gleiche Währung, den Euro, benutzen können?

Wahrscheinlich ist das so. Man hat sich außerhalb Deutschlands sehr gewundert, daß zunächst die europäische Währungsunion eingeführt wurde. Auch wenn man die deutsche Vorstellung kannte, daß die Währungsunion nur der erste wichtige Schritt zur politischen Einheit sei. Aber diese Vorstellung gehört vielmehr als anderswo in Europa zur politischen Tradition der deutschen Staatlichkeit. Man sollte nicht vergessen, daß die Zollunion vor der Gründung des Deutschen Reichs zustande kam, daß die Währungsreform vor der Gründung der Bundesrepublik durchgeführt wurde und die Währungsunion mit der DDR vor der Wiedervereinigung stand. In Deutschland muß zuerst die Ökonomie homogenisiert werden, dann, vielleicht, im Laufe der Zeit,

folgt der Rest. Das ist für Italiener unverständlich und erklärungsbedürftig.

Wenn es zu einem europäischen Gesamtstaat kommen wird, entsteht die Frage, was Gleichheit darin bedeutet – wenn sie schon innerhalb der Nationalstaaten nur noch eine formale Parole, nicht einmal eine formale Realität ist. Gesellschaftshistorisch existiert eine sehr enge Verbindung zwischen der Schaffung des freien Marktes und der Schaffung des Nationalstaates. Ich will da nicht die Prioritätsfrage stellen, was zuerst da war, die Ökonomie oder die Politik. Das ist eine historische Frage: War der Staat zuerst da und dann das Kapital oder sind beide irgendwie gekoppelt? Sicher ist jedoch, daß es diese enge Verbindung zwischen Binnenmarkt und Nationalstaat gibt. Wenn aber der Binnenmarkt in einem gesamteuropäischen Staat verschwindet, wieso existieren die Nationalstaaten dann noch immer? Wir werden also innerhalb des europäischen Marktes mit dem Euro offensichtlich auch eine neue Staatsform bekommen. Die Form Staat als solche wird bleiben. Dennoch muß man sich überlegen, welche Rolle die klassischen bürgerlichen Institutionen in dieser neuen Staatsform haben werden.

Eine Ahnung kann man bekommen, wenn man sich den Ministerrat in Brüssel anschaut. Er ist faktisch aller sogenannten demokratischen Kontrolle entzogen. Es gibt zwar ein Europaparlament und Europawahlen, aber schon innerhalb des Nationalstaats hat die Exekutive Priorität gegenüber der Legislative. Diese Gewichtung wird sich in einem europäischen Gesamtstaat noch verschärfen. Denn Fakt ist, daß das europäische Parlament viel weniger Mitspracherecht gegenüber der Exekutive hat, als dies die einzelnen nationalen Parlamente gegenüber ihren Regierungen haben. Das Prinzip der Gewaltenteilung ist in bezug auf Europa inzwischen abgeschafft. Schon in einem normalen bürgerlich-demokratischen Staat wie Deutschland ist es ad acta gelegt. Politik wird im wesentlichen zwar durch Gesetze gemacht. Im